

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Regierungsfragen.

In Deutschland und Frankreich.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums und die Fraktionsvorstände im Reich und in Preußen beschäftigten sich am Sonntag mit der politischen Lage. Die Verhandlungen dauerten, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung, von vormittags 11 Uhr bis in die neunte Abendstunde.

In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure, von Tag zu Tag sich steigende wirtschaftliche Not weitester Volksschichten einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breiterer Grundlage berufen sein kann.

Wie der 'Sozialdemokratische Pressedienst' hierzu erfährt, wurden die Zentrumsführer Marx und Fehrenbach beauftragt, der sozialdemokratischen Fraktion am Montag normiert von der Auffassung ihrer Parteinstanzen offiziell Kenntnis zu geben und das parteiamtliche Kommuniqué entsprechend zu erläutern.

Am Montag vormittag, 11 Uhr, fand auf Anregung der Abg. Fehrenbach und Marx eine Besprechung über die Frage der Regierungsbildung statt, in welcher der Abg. Fehrenbach den bereits veröffentlichten Beschluß der Reichskonferenz des Zentrums erläuterte.

Der Reichspräsident empfängt heute um 5 Uhr nachmittag die Abgg. Koch und Fehrenbach.

Der französische Parteitag.

Die Frage der Regierungsteilnahme.

Paris, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche Parteitag trat am Sonntag in Belleville-Paris im Saal Jean Jaurès zusammen. Die politische Bedeutung, die der Entscheidung des Kongresses für die innerpolitische Entwicklung zukommt, findet ihren Niederschlag in der die Teilnehmerzahl früherer Parteitage weit übertreffenden Zahl der Delegierten aus allen Teilen des Landes.

Wenn auch über den Ausgang der Debatte bestimmte Anhaltspunkte noch fehlen, so läßt es die völlige Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse keineswegs ausgeschlossen erscheinen, daß der Parteitag mit der Annahme einer Kompromißformel enden wird, in der eine genauere Diste der Bedingungen aufgestellt werden dürfte.

Die erste Sitzung des Parteitages, den Generalsekretär Faure eröffnete, fand unter dem Vorsitz des Genossen Osmin, Sekretär des Seinebezirks, statt. Nach einer einleitenden Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, die Aussprache bis spätestens Montagabend 6 Uhr zu Ende zu führen.

Die Wähler Jaurès' auch diesmal wieder einstimmig zugunsten der Regierungsbeteiligung

sich ausgesprochen hätten in der Überzeugung, daß sie das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der Reaktion sei. Ihre Ablehnung würde als Ausgang der Regierungskrise ein Kabinett der Mitte und damit die Übergabe der Macht an die Rechte zur unausweichlichen Folge haben.

Compère Morel folgte als Redner zunächst eine größere Anzahl von Delegierten aus dem Lande, die der Regierungsbeteiligung das Wort redeten, darunter der ehemalige Generalsekretär der Eisenbahner, Videgaray, der den Parteitag beschwor, nichts zu unterlassen, was zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft beitragen könne.

die Formel der Verständigung.

Es müsse möglich sein, in einem einstimmig gefaßten Beschluß beide Richtungen zu einigen. Die Hauptsache sei, zunächst ein finanzielles und politisches Aktionsprogramm aufzustellen und es den bürgerlichen Linksparteien vorzulegen.

Kampf gegen den Senat

nicht gewagt hätten. Von der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung befürchtet er gefährliche Illusionen in der Arbeiterschaft und dann ihre Enttäuschung. Der von einem Delegierten des Departements Tarn gestellte Antrag, vor der Entscheidung sich mit dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen, wurde von Leon Blum heftig bekämpft.

Mahnung, das Land in einer der gefährlichsten Stunden nicht im Stich zu lassen.

In der gleichen Richtung sprach sich Vincent Aurioi aus: Selbstverständnis müsse die Sozialistische Partei danach streben, die Regierung allein zu übernehmen; das läge aber erstlich nicht in Frage, solange die Fraktion im Parlament lediglich eine Minderheit darstelle.

Koalitionsfrage in Zürich.

Zürich, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den nächsten Tagen tritt aus der Regierung des Kantons Zürich der reaktionäre Bauernvertreter Tobler aus. Damit wird für die Sozialdemokratie die Frage einer Beteiligung an dem Kantonskabinett wieder akut. Die grundsätzliche Entscheidung über eine sozialdemokratische Teilnahme an einer hauptsächlich bürgerlichen Koalition wurde schon vor fast 20 Jahren gefaßt.

Die Feme.

Die Landplage organisierter Mörder.

In den nächsten Tagen soll vor einem Berliner Gericht wieder einmal einer der zahlreichen Fememorde zur Verhandlung kommen, die die deutsche Öffentlichkeit seit Jahren beunruhigt haben. Inzwischen muß sich die politische Polizei die öffentlichen Plakatsäulen dienstbar machen, um Zeugen für eine Reihe von weiteren Morden zu gewinnen.

Das Charakteristische an diesen planmäßigen 'Hinrichtungen' ist die Tatsache, daß die Mörder selbst, ihre Anstifter und Beschützer sämtlich aus jenen völkischen Kreisen stammen, die die 'Erneuerung Deutschlands auf wehrhafter völkischer Grundlage' als ihr angebliches Ziel preisen.

Dieses Verhältnis der sogenannten 'schwarzen Reichswehr' zu militärischen Organisationen und zur Reichswehr selbst ist ein Kapitel, das in den bisherigen Verhandlungen stets nur gestreift und absichtlich im Dunkel gehalten wurde.

Zu den Kistrinern gehörte auch der sogenannte Oberleutnant Schulz, der jetzt endlich in Untersuchungshaft genommen worden ist, nachdem frühere Angehörige der 'schwarzen Reichswehr' auf ihn aufmerksam gemacht hatten.

Zum ersten Male erfuhr man Näheres über die weitverzweigte Mordorganisation in der Verhandlung vor dem Schwurgericht in Schwerin, das über eine Reihe von Angehörigen der inzwischen in Preußen aufgelösten 'Schwarzen Reichswehr' wegen Mordes und Weineids zu Gericht zu sitzen hatte.

Nachdem im September 1923 der Kistrinere Putsch zusammengebrochen war, wurde die sogenannte Schwarze Reichswehr in der Mark Brandenburg aufgelöst. Diese Auflösung erstreckte sich nicht auf die alten Mannschaften, da die maßgebenden Persönlichkeiten in der Organisation es nicht verantworten zu können glaubten, ihre alten Mannschaften auf die Straße zu setzen.

Die 'straffe Manneszucht', von der das Gericht zu sprechen für notwendig hält, ist von einer ganz besonderen Art. Daß diese Horden von Arbeitsgenossenschaftlern Sauf- und Raufgelage aller Art veranstalten, ist jedermann in Mecklenburg und darüber hinaus bekannt.

Die 'straffe Manneszucht', von der das Gericht zu sprechen für notwendig hält, ist von einer ganz besonderen Art. Daß diese Horden von Arbeitsgenossenschaftlern Sauf- und Raufgelage aller Art veranstalten, ist jedermann in Mecklenburg und darüber hinaus bekannt.





